

The logo for the Bavarian Chamber of Commerce (vbw) is displayed in white text on a blue square background.

Die bayerische Wirtschaft

Interessenverband Deutscher Zeitarbeitsunternehmen Landeskongress Süd 2017

Donnerstag, 26. Oktober 2017 um 13:00 Uhr

Sheraton München Arabellapark Hotel

Arabellastraße 5, 81925 München

Perspektiven der bayerischen Wirtschaft

Alfred Gaffal

Präsident

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Es gilt das gesprochene Wort.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
herzlichen Dank für die Einladung!

Ich freue mich sehr über die Gelegenheit,
auf Ihrem diesjährigen Landeskongress zu
sprechen!

Die Zeitarbeit ist für unsere Wirtschaft eine
echte Erfolgsgeschichte.

Sie hilft den Unternehmen, die in Zeiten
zunehmend schwankender Märkte immer
mehr Flexibilität brauchen.

Auch durch die

- Digitalisierung,
- den Trend zur Individualisierung und
Spezialisierung sowie
- die vielen politischen Krisen in der Welt

wird Flexibilität für unsere Unternehmen
immer wichtiger.

Gleichzeitig hilft die Zeitarbeit den
Arbeitnehmern, weil sie Geringqualifizierten

und Langzeitarbeitslosen den Einstieg oder Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt erleichtert.

Zwei Drittel der Zeitarbeitskräfte kommen aus der Arbeitslosigkeit.

Die Zeitarbeit hat vielen Menschen in schwierigen Situationen neue Chancen eröffnet.

Die Zeitarbeit hat also einen doppelten Nutzen:

- Sie ist ein wichtiges Flexibilisierungsinstrument für die Unternehmen.
- Und zugleich ist sie eine Brücke in den Arbeitsmarkt für die Arbeitnehmer.

All dies zeigt:

Die Zeitarbeit ist ein zentraler Baustein für die Wettbewerbsfähigkeit unseres Standorts.

Sie ist ein wichtiger Motor für Wachstum und Beschäftigung.

Deswegen muss auch endlich Schluss sein mit den Mythen und Legenden über die Zeitarbeit:

- Die Zeitarbeit ist kein Massenphänomen: Ihr Anteil an der Gesamtbeschäftigung liegt bei unter drei Prozent.
- Es kann auch keine Rede davon, dass Zeitarbeiter ausgebeutet werden. In der Zeitarbeitsbranche gibt es seit 2012 eine Lohnuntergrenze. M+E-Zeitarbeiter werden zu 90 Prozent nach Tarifverträgen bezahlt.
- Es ist zudem nicht der Fall, dass Zeitarbeit die Stammebelegschaft verdrängt. Fakt ist, dass in der bayerischen M+E Industrie die Zahl der eingesetzten Zeitarbeitnehmer seit 2015 stabil geblieben ist, während die

Zahl der Stammbesellschaft um 35.000
zugenommen hat.

Hier müssen wir gemeinsam Aufklärung
betreiben und die Fakten immer wieder
zurechtrücken – und so gemeinschaftlich
verhindern, dass die Zeitarbeit in Zukunft
erneut mit unnötiger Regulierung überzogen
wird.

Die Neuregelung der Zeitarbeit, die ab
1. April 2017 in Kraft getreten ist, war
unnötig.

Positiv ist zwar, dass weitreichende
Gestaltungsmöglichkeiten für
tarifvertragliche Lösungen geschaffen
wurden, auf die auch nicht-tarifgebundene
Unternehmen Bezug nehmen können.

Für alle anderen Unternehmen bedeuten die
Höchstüberlassungsdauer von 18 Monaten
und das equal pay aber eine klare
Verschlechterung.

Wir lehnen jede weitere Regulierung der Zeitarbeit entschieden ab!

Das wird der modernen Arbeitswelt des 21. Jahrhunderts einfach nicht gerecht.

Im Gegenteil: Wir brauchen

Vereinfachungen, wie zum Beispiel

- bei den Erlaubnisverfahren und
- durch die Abschaffung überflüssiger statistischer Meldungen.

Dies werden wir auch gegenüber der künftigen Bundesregierung deutlich machen.

Meine Damen und Herren,

der Ausgang der Bundestagswahl hat uns kalt erwischt.

Erfreulich ist, dass es die Freien Demokraten wieder in den Bundestag geschafft haben.

Das hohe Ergebnis für die AfD ist allerdings ein echter Schock – genauso die Verluste der Union.

Viele Bürger haben das Vertrauen in die politische Führung verloren.

Alle demokratischen Kräfte müssen nun daran arbeiten, dieses Vertrauen zurückzugewinnen.

Die Menschen brauchen wieder mehr Orientierung und mehr Sicherheit – in einer Welt, die aus den Fugen geraten ist.

Gleichzeitig müssen wir deutlich machen, dass Fremdenfeindlichkeit und Nationalismus nicht nur gesellschaftlich, sondern auch wirtschaftlich schädlich für unser Land sind.

Wir müssen ein weltoffenes Deutschland bleiben, um auch in Zukunft im globalen Wettbewerb zu bestehen.

Ausländische Fachkräfte leisten einen unerlässlichen Beitrag für unsere Wirtschaft – und damit für unsere Gesellschaft.

Durch den demografischen Wandel und die Fachkräftelücke brauchen wir die gezielte Zuwanderung von Fachkräften aus dem Ausland.

Gleichzeitig steht völlig außer Frage, dass wir die Zuwanderung kontrollieren und begrenzen müssen – das gilt auch für den Familiennachzug!

Wir in Bayern stehen ja für Integration und haben viel getan:

Im Oktober 2015 haben

- Staatsregierung,
- Wirtschaftsorganisationen und
- Bundesagentur für Arbeit

einen gemeinsamen Kraftakt zur Integration der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt gestartet.

Von Dezember 2015 bis Juli 2017 haben wir 44.800 Flüchtlinge in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und 4.800 in eine Ausbildung gebracht.

Zudem werden bis Ende dieses Jahres mindestens 60.000 Flüchtlinge ein Praktikum in bayerischen Unternehmen absolviert haben.

Die vbw hat an eigenen Mitteln für Projekte zur Flüchtlingsintegration 6,7 Millionen Euro in die Hand genommen.

Der Erfolg zeigt: Das war eine gute Investition!

Wir in Bayern sind hier Vorbild für ganz Deutschland.

Trotzdem ist klar, dass uns das Flüchtlingsthema noch lange beschäftigen wird.

Meine Damen und Herren,

derzeit deutet noch alles auf eine Jamaika-Koalition hin.

Fest steht: Auch in dieser Konstellation wird es eine Herausforderung für uns, Zustimmung für unsere Überzeugungen zu erhalten.

Umso mehr geht es für uns in den nächsten Wochen und Monaten darum, unsere Positionen

- bei den Koalitionsgesprächen und
- bei den ersten Gesetzesvorhaben

mit der nötigen Vehemenz einzubringen.

Die neue Bundesregierung hat eine hervorragende wirtschaftliche Lage im Rücken.

Das ist der Agenda 2010 geschuldet, die wir auf keinen Fall zurückdrehen dürfen.

Das Bruttoinlandsprodukt wächst, die Steuereinnahmen eilen von Rekord zu Rekord und der Arbeitsmarkt entwickelt sich hervorragend.

Seit 2005 hat sich die Arbeitslosenquote halbiert und es wurden fast sechs Millionen zusätzliche sozialversicherungspflichtige Jobs geschaffen.

Dazu hat auch die Zeitarbeit beigetragen!

In Bayern haben wir mit einer Arbeitslosenquote von 3 Prozent praktisch Vollbeschäftigung.

Und was besonders wichtig ist: Unsere Jugend hat hervorragende Perspektiven. Die Jugendarbeitslosigkeit ist gering.

Es stehen weitaus mehr Ausbildungsplätze als Bewerber zur Verfügung.

Für mich steht fest: Hohe Beschäftigung, zu der auch die Zeitarbeit beiträgt, ist die beste Sozialpolitik!

Bei vielen Wählern ist das aber nicht angekommen. Das Flüchtlingsthema hat im Wahlkampf alles überlagert.

Meine Damen und Herren,

die ganze Welt beneidet uns um unsere gute wirtschaftliche Situation.

Allerdings birgt eine so lange Wachstumsphase die große Gefahr, sich selbstzufrieden zurückzulehnen, und die Zukunft zu vernachlässigen.

Das aber ist angesichts der vielen politischen Krisen und Veränderungen in der Welt, der Alterung der Gesellschaft sowie der rasanten technologischen Entwicklung hochgefährlich.

Die Anforderungen an die Unternehmen steigen in einem nie dagewesenen Tempo.

Die Leitfrage lautet:

Was müssen wir heute tun, um auch in Zukunft erfolgreich zu sein?

Entscheidend ist, dass wir die Wettbewerbsfähigkeit unseres Standortes wieder in den Mittelpunkt stellen.

Wir müssen wieder mehr Wirtschaft wagen und zu den Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft zurückkehren!

Das ist der Auftrag für die neue Bundesregierung.

Wohlstand entsteht nur durch Wirtschaftskraft!

Das müssen wir uns immer wieder vor Augen führen.

Was zu tun ist, haben wir in unserer Agenda 2020 dargestellt.

Sie ist aktueller und wichtiger denn je.

Es geht um

- Infrastruktur
- Arbeit und soziale Sicherheit
- Steuern
- Bildung
- Innovationen
- Flüchtlingsintegration und
- Digitalisierung.

Hier wird der Weg beschrieben, damit Deutschland zukunftsfähig bleibt.

Ich will ein paar wichtige Punkte ansprechen.

Angesichts der hohen Steuereinnahmen geht es jetzt darum, Bürgern und Betrieben wieder etwas zurückzugeben.

Die kalte Progression muss weg. Es muss wieder mehr Netto vom Brutto übrig bleiben.

Der Solidaritätszuschlag sollte möglichst schnell gestrichen werden.

Aufpassen müssen wir auch bei den Sozialausgaben.

2016 betragen sie insgesamt 918 Milliarden Euro – knapp ein Drittel des Bruttoinlandsprodukts!

Die implizite Staatsverschuldung liegt schon bei 153 Prozent des BIPs – das wird immer vergessen!¹

Der Rucksack, den wir unseren Kindern mitgeben, ist schon groß genug!

Wir müssen hier Maß und Mitte wahren.

Für die Wirtschaft gilt: Ein weiterer Anstieg der Lohnzusatzkosten ist unbedingt zu vermeiden. 40 Prozent muss dauerhaft der Deckel sein.

Zudem gilt: Um Wettbewerb und Globalisierung erfolgreich zu gestalten, brauchen die Unternehmen Flexibilität – etwa durch Zeitarbeit.

¹ Quelle: Generationenbilanz Update 2017, Stiftung Marktwirtschaft. – Für einen EU-weiten Vergleich der impliziten Staatsverschuldung vgl. EU-Nachhaltigkeitsranking der Stiftung Marktwirtschaft.

Grundsätzlich gilt: Man kann die Wirtschaft 4.0 nicht mit einem Arbeitsrecht 1.0 bewältigen.

Nötig ist deshalb eine schnelle Änderung unseres Arbeitsrechts.

Ein erster Schritt ist die Reform der Arbeitszeit, die wir hier in Bayern derzeit in einer großen Kampagne einfordern.

Nach wie vor gilt selbstverständlich die tariflich oder vertraglich vereinbarte wöchentliche Arbeitszeit. Darauf möchte ich ausdrücklich hinweisen.

Aber wir brauchen eine flexiblere Verteilung der Arbeitszeit – weg von einer täglichen hin zu einer wöchentlichen Betrachtung, die in der entsprechenden Europäischen Richtlinie bereits vorgesehen ist.

Und zwar für alle Unternehmen – unabhängig davon, ob sie tarifgebunden sind oder nicht.

Meine Damen und Herren,

zur Zukunftssicherung gehört auch, dass wir unsere Leitbranche nicht kaputt reden.

Darüber freut sich nur die internationale Konkurrenz.

Auch wenn Fehler gemacht worden sind:
Wir dürfen uns nicht selbst zerfleischen.

Was die Diesel-Thematik angeht, so gilt:

- Die auf den Verkehr entfallenden Stickstoff-Emissionen sind von 1995 bis 2015 um 63 Prozent gesunken – und sie werden weiter sinken.

- Es kann nicht sein, dass der NOx-Ausstoß ausländischer Fahrzeuge in der Diskussion überhaupt keine Rolle spielt:

Ein aktueller ADAC-Test von Autos in- und ausländischer Hersteller bei realen Bedingungen kommt zu dem Schluss, dass die Fahrzeuge deutscher

Hersteller mit Abstand die geringsten Schadstoffe ausstoßen.

- Zudem gilt: Ohne Diesel werden wir die ambitionierten Klimaziele auf absehbare Zeit nicht erreichen.
- Deshalb darf es pauschale Diesel-Fahrverbote nicht geben.
- Und auch die Kommunen sind jetzt gefordert, die notwendigen Maßnahmen zügig umzusetzen!

Für die Zukunft des Verbrennungsmotors gilt:

- Statt planwirtschaftlicher Zeit- und Quotenvorgaben brauchen wir den Wettbewerb um die besten Lösungen!
- Dringend notwendig ist zudem ein Gesamtkonzept für Energie, das auch die ambitionierten Klimaziele einbezieht.

- Ein – wie derzeit der Fall – zu 40 Prozent mit Kohlestrom betanktes Auto ist sicher nicht die Lösung.
- Was die Emissionen angeht, so dürfen wir zudem nicht einseitig aufs Automobil schauen.
- Wir müssen auch die erheblichen Potenziale etwa der energetischen Gebäudesanierung und der Umrüstung auf moderne Heizungs- und Klimaanlage schnellstens heben!

Unabhängig von der Automobilindustrie müssen wir in neue Wachstumsperspektiven investieren.

Das heißt:

- Auf F&E sowie Innovationen setzen,
- neue Branchen entwickeln und
- neue Auslandsmärkte erschließen – auch deshalb sind mir unsere internationalen

Aktivitäten etwa mit Russland und im Iran so wichtig!

Ein extrem wichtiges Thema für unser Land ist die Digitalisierung, sie verändert alles.

Wir als Verbände leisten unseren Beitrag, indem wir das Thema „Digitalisierung“ in den Mittelstand tragen und unsere Mitglieder im M+E-Bereich durch ein ganzes Maßnahmenbündel beim „Digitalen Enabling“ unterstützen.

Zudem präzisiert der Zukunftsrat der Bayerischen Wirtschaft, was für alle Beteiligten zu tun ist, um die Digitalisierung zum Erfolg zu führen.

Es ist aber auch der Staat gefragt. Dringend notwendig ist

- die Fortsetzung des Breitbandausbaus und eine neue Glasfaserinitiative,
- die Behebung der Defizite im Mobilfunknetz, die

- schnelle Erprobung und Einführung des neuen Mobilfunkstandards 5G und
- die Digitalisierung des Bildungssystems.

Wir brauchen das digitale Klassenzimmer!

Konkret ansetzen müssen wir,

- bei der technischen Ausstattung der Schulen,
- bei der Vermittlung digitaler Inhalte sowie
- bei der Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte.

Insgesamt brauchen wir mehr Forschung und Entwicklung – auch für die Digitalisierung.

Die steuerliche Forschungsförderung für Unternehmen jeder Größe ist dafür der richtige Impulsgeber – und muss endlich kommen.

Meine Damen und Herren,

die neue Regierung kann in den nächsten vier Jahren beweisen, dass es uns nicht erst

schlechter gehen muss, bevor die nötigen Reformen zur Stärkung unseres Standorts und zur Zukunftssicherung in Angriff genommen werden.

Was die Zeitarbeit angeht, so muss gelten: Hände weg von zusätzlicher Regulierung – auch dafür setzen wir uns ein!

Ich wünsche Ihnen eine gute Tagung, gute Gespräche und weiterhin viel Erfolg!